



Drucken



Fenster schließen

23.04.2009

Notbremse aus Angst?

Von Marc Kolbe

OB Dr. Ursula Jungherr (CDU) hat jetzt das Verkehrsgutachten öffentlich gemacht, das ihrer umstrittenen Entscheidung zugrunde lag, die Pestalozzischule nicht am Bommersheimer Weg, sondern an der Georg-Kerschensteiner-Schule zu errichten. Die Planer hingegen haben keine Einwände gegen die Berliner Siedlung.

Bad Homburg. Da ist es also – das Verkehrsgutachten zur Berliner Siedlung. Der OB diente es als Begründung für den Standortwechsel der Pestalozzischule. Etliche Politiker hatten zwischenzeitlich aber beklagt, die Expertise, die seit Oktober im Rathaus vorliegt, nie zu Gesicht bekommen zu haben.

Die Lektüre dürfte nun bei einigen Verwunderung auslösen: Denn die Gutachter sind bei ihrer Untersuchung zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Schulbau am Bommersheimer Weg durchaus möglich sei – wenn das zu erwartende Verkehrsaufkommen nicht den «öffentlichen Straßenraum» belaste. Das zu erwartende Verkehrsaufkommen stufen die Experten als «umfeldverträglich» ein. Eine «maßgebliche Mehrbelastung» wird nicht attestiert.

Verkehr belastet Quartier nicht

Die Stadtverordnetenversammlung hatte das Gutachten in Auftrag gegeben, um in Erfahrung zu bringen, wie sich die Ansiedlung der Pestalozzischule am Bommersheimer Weg auf den Verkehr im Quartier auswirken würde.

Die Gutachter schlagen nun vor, dass die Lehrer auf dem Schulgelände parken sollen. Außerdem sollte die Ein- und Ausstiegsstelle für die Schüler auf dem Gelände der Schule liegen. All das, um den öffentlichen Straßenraum nicht zusätzlich zu belasten. Das sei auch alles möglich, da das Grundstück

aufgrund seiner Lage – ein Eckgrundstück in unmittelbarer Nähe zum Knotenpunkt – als durchaus günstig beurteilt wird.

In der Stadt interpretiert man die Untersuchung jedoch anders – beziehungsweise folgt man nicht der Argumentation der Gutachter. Schließlich, so Jungherr, sei der ruhende Verkehr nicht berücksichtigt worden. Und so mache das Gutachten den Weg für einen Schulbau in der Berliner Siedlung nur «formal» frei. Jungherr sieht die Bedenken der Anwohner aber nicht entkräftet. «Für mich legen die Aussagen der Gutachter deshalb ein Umdenken nahe», so Jungherr weiter.

Das sieht das Magistratsmitglied der Grünen, Dieter Kraft, anders: «Das war eine Notbremse aus Angst.» Das Gutachten habe sechs Monate in der Schublade gelegen und sei erst herausgeholt worden, als die Oberbürgermeisterin es gebraucht habe.

Vom bis

© 2009 Taunus Zeitung

(cached version 2009-04-23 17:31:51, next update: 17:51:51)